



DIALOG

INNOVATION UND GESELLSCHAFT

HOCHSCHULPOLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

HOCHSCHULEN – DIE KRAFTWERKE UNSERER WISSENSGESELLSCHAFT

Dialogpapier „Hochschulpolitik für Niedersachsen“

Hochschulen – die Kraftwerke unserer Wissensgesellschaft

1 *„Man muß etwas Neues machen*

2 *um etwas Neues zu sehen.“*

3 *G.C. Lichtenberg*

4

5 **Präambel**

6

7 Niedersachsen braucht neue Perspektiven. Perspektiven, die auf Herausforderungen des gesell-
8 schaftlichen und demografischen Wandels eine Antwort geben und den Weg in eine bessere Zu-
9 kunft aufzeigen. Den Hochschulen kommt bei dieser Aufgabe eine Schlüsselrolle zu: Sie sind Orte
10 der Wissensgewinnung und Wissensvermittlung sowie Orte der gesellschaftlichen Orientierung.
11 Sie sind Zukunftswerkstätten für Innovationen, sie bilden hochqualifizierte Fachkräfte aus, sie
12 steigern nachhaltig das Bildungsniveau, sie sichern den wissenschaftlichen Nachwuchs und för-
13 dern den internationalen Austausch. Ihre gesellschaftliche Leistungsfähigkeit, ihre Lösungs- und
14 Gestaltungskompetenz ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung unseres
15 Landes. Investitionen in Wissenschaft und Bildung haben deshalb für die SPD in Niedersachsen
16 hohe Priorität. Jeder Mensch soll die Chance erhalten, Teil zu haben an Fortschritt, Bildung und
17 Wohlstand.

18

19 Eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik schöpft das Bildungspotential in der Gesellschaft durch
20 Öffnung der Hochschulen aus. Dabei geht es um die bestmögliche Qualifikation. Der SPD-
21 Niedersachsen geht es aber auch um Bildungsteilhabe und Chancengleichheit. Voraussetzung für
22 Chancengleichheit ist der freie Zugang jedes Menschen zu Bildung, unabhängig von seiner sozia-
23 len Herkunft und seinen finanziellen Voraussetzungen. Wir wollen die Hochschulen auch für be-
24 ruflich Qualifizierte und für Weiterbildung öffnen. Berufliche und allgemeine Bildung sind gleich-
25 wertig. Bildung ist ein öffentliches Gut und ihre Finanzierung eine öffentliche Aufgabe.

26

27 Eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik setzt auf Hochschulautonomie. Die Sicherung der Hoch-
28 schulautonomie entlässt den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung. Hochschulen stehen im
29 Wettbewerb, jedoch nicht mit dem Ziel ökonomischen Gewinnstrebens, sondern um wissen-
30 schaftliche Erkenntnis und gute Ausbildung. Wissenschaft ist für uns keine Ware.

31

32 Eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik wird die Vielfalt im Hochschulsystem fördern. Entlang
33 gesellschaftlicher Ansprüche und Bedürfnisse sowie regionaler Voraussetzungen und demografi-
34 scher Entwicklung bilden Hochschulen eigene Profile und Schwerpunktsetzungen heraus. Solche
35 Prozesse funktionaler Differenzierung werden wir unterstützen. Sie sichern die Möglichkeit für
36 Hochschulen, sich auf Stärken zu konzentrieren, statt mit begrenzten Ressourcen alle Aufgaben
37 erfüllen zu wollen.

38

39 Hochschulpolitik ist immer auch Standort- und Strukturpolitik. Wir werden die gesellschaftliche
40 Leistungsfähigkeit der Hochschulen stärken und die Bedingungen für den Wissens- und Techno-
41 logietransfer verbessern, ohne die notwendigen Freiräume für Grundlagenforschung einzuschrän-
42 ken.

43

44 Eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik geht von einer gesamtgesellschaftlichen und damit ge-
45 samtstaatlichen Verantwortung für Bildung und Wissenschaft aus.

46

47 **Ausgangssituation**

48

49 Niedersachsen verfügt mit 21 Hochschulen in staatlicher Verantwortung – darunter 10 Universitä-
50 ten, zwei künstlerische Hochschulen und Stiftungshochschulen sowie 8 anerkannte private Fach-
51 hochschulen – über eine vielfältige Hochschullandschaft. In Mobilitätsforschung, Meeresfor-
52 schung, Medizintechnik und vielen anderen Disziplinen belegen unsere Hochschulen in Koopera-
53 tion mit leistungsstarken außeruniversitären Forschungseinrichtungen international Spitzenplätze.
54 Göttingen ist die einzige Exzellenzuniversität des Nordens.

55

56 Dennoch steht eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung unserer Hochschul- und Forschungs-
57 landschaft vor großen Herausforderungen: Die Hochschulen sind strukturell unterfinanziert. Es
58 besteht ein enormer Nachholbedarf bei der Modernisierung der Infrastruktur. Niedersachsen ist
59 im Ländervergleich unterdurchschnittlich mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausge-
60 stattet. Über die gemeinsame Bund-Länder Forschungsförderung finanzieren wir so die Spitzen-
61 forschung im Süden der Republik mit. Die Potentiale von Fachhochschulen als Wachstumsmoto-
62 ren in ihren Regionen werden nicht ausgeschöpft. Es fehlen trotz Hochschulpakt Studienplätze,
63 besonders an Fachhochschulen. Zu wenige junge Menschen eines Altersjahrgangs beginnen bei
64 uns ein Studium, viele junge Talente wandern ab und Studierende mit beruflichem Hintergrund
65 finden sich noch zu selten an unseren Hochschulen. Im Bundesvergleich schneidet Niedersachsen

66 bei der Qualifikation seiner Beschäftigten schlecht ab, ebenso bei der Innovationskraft seiner
67 Wirtschaft. Die Insellage Niedersachsens als „Studiengebührenland“, fehlende Investitionen in
68 die Hochschulinfrastruktur und der Verzicht auf eine Landeshochschulplanung haben die Wett-
69 bewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Niedersachsen in den letzten Jahren nachhaltig ge-
70 schwächt. Für den härter werdenden Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte ist Niedersach-
71 sen nicht gut gewappnet.

72

73 Wir brauchen einen Neubeginn in der Hochschulpolitik: Wir brauchen mehr junge Menschen mit
74 einem Hochschulabschluss, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, eine bessere
75 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bessere Rahmenbedingungen für Forschung
76 und Lehre. Wir werden uns diesen Herausforderungen stellen.

77

78 **Eckpunkte einer sozialdemokratischen Hochschulpolitik**

79

80 **1. Hochschulen öffnen!**

81 Zukunftsweisende Politik sorgt dafür, dass sich alle Bildungsreserven in der Gesellschaft entfalten
82 können. In unserem Land jedoch bestimmt immer noch die soziale Herkunft eines jungen Men-
83 schen seine Bildungschancen. Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien finden nur selten den
84 Weg in Niedersachsens Hochschulen. Viele Talente gehen so verloren und ihre Bildungspotentiale
85 liegen brach. Unser Ziel ist es, mehr jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein Studium
86 zu ermöglichen und eine maximale Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bil-
87 dung zu gewährleisten. Dabei gilt für uns der Grundsatz der Gleichwertigkeit von beruflicher und
88 allgemeiner Bildung.

89

90 Absolventen der beruflichen Bildung stellen ein erhebliches, bisher wenig genutztes Potential zur
91 Steigerung des Anteils der Hochqualifizierten dar. Zwar wurden in Niedersachsen schon früh die
92 gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass auch beruflich Qualifizierte ohne Abitur studieren
93 können, doch werden sie nur von Wenigen genutzt. Das wollen wir ändern. Wir werden im Rah-
94 men der Offenen Hochschule die Anrechnungsverfahren der im Beruf erworbenen Kompetenzen
95 verbessern und mit den Hochschulen vereinbaren, neue Studienangebote für die Zielgruppe der
96 beruflich Qualifizierten aufzubauen. Dazu gehören duale Studiengänge, berufsbegleitende Studi-
97 enangebote, Fernstudium, weiterbildende Bachelor- und Masterstudiengänge sowie der Ausbau
98 von E-Learning-Angeboten. Die offene Hochschule ist für uns die Hochschule der Zukunft.

99

100 **2. Studieren – ohne Studiengebühren!**

101 Kein junger Mensch darf aus finanziellen Gründen von einem Studium ausgeschlossen werden.
102 Dies entspricht nicht nur unserer Forderung nach Chancengleichheit, sondern ist zugleich ein Ge-
103 bot ökonomischer Vernunft. Ist eine Studienfinanzierung für Kinder aus weniger betuchten Fami-
104 lien schon schwierig genug, stellen Studiengebühren für sie eine zusätzliche, oft nicht zu überwin-
105 dende finanzielle Hürde dar. Viele von ihnen verzichten auf ein Studium, andere suchen sich ei-
106 nen Studienplatz außerhalb Niedersachsens und kehren nach dem Studium oft nicht mehr zurück.
107 Mittlerweile verlässt jeder zweite niedersächsische Abiturient das Land. Im Bundesvergleich hat
108 Niedersachsen mit Abstand den größten negativen Wanderungssaldo. Studiengebühren sind
109 inzwischen zum handfesten Wettbewerbsnachteil für Niedersachsen geworden, trotzdem halten
110 CDU und FDP daran fest.

111

112 Wir stehen für die Abschaffung von Studiengebühren. Das ist für uns eine Frage der sozialen Ge-
113 rechtigkeit, denn Herkunft darf nicht Schicksal sein. Dabei sind wir uns der Verantwortung für die
114 Hochschulen bewusst und werden deshalb den Ausfall der Studiengebühren durch eine Gegen-
115 finanzierung ausgleichen. Dieses vom Land bereit gestellte Geld zur Kompensation der Studienge-
116 bühren soll für die Verbesserung der Lehre genutzt werden.

117

118 Für uns ist das BAföG eines der wichtigsten Instrumente, um der sozialen Ungerechtigkeit in der
119 Bildung entgegen zu wirken. Ohne BAföG haben viele junge Menschen aus den unteren Einkom-
120 mensgruppen keine Chance auf ein Studium. Anders als Stipendien fördert das BAföG zielgenau
121 und erreicht diejenigen, die finanzielle Hilfe wirklich brauchen. In Niedersachsen erhält jeder vier-
122 te Studierende BAföG. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das BAföG als tragende Säule der
123 Studienfinanzierung erhalten bleibt und weiterentwickelt wird. Dazu gehört die regelmäßige An-
124 passung der Förderhöhe an die Lebenshaltungskosten, die Förderung für ein Teilzeit-Studium und
125 die Aufhebung der Altersgrenzen im BAföG.

126

127 **3. Hochschulautonomie stärken**

128 Das Leitbild einer „autonomen Hochschule“ werden wir konsequent weiterentwickeln. Wir wol-
129 len dabei auch in Zukunft klare Entscheidungswege und Verantwortlichkeiten an den Hochschu-
130 len. Dies ist für uns eine Voraussetzung für eine effektiv und professionell arbeitende Hochschul-
131 leitung. Ihre gleichzeitige demokratische Kontrolle durch die Mitwirkung und Mitbestimmung aller
132 Hochschulangehörigen und ihrer Gruppen steht für uns dabei nicht im Widerspruch. Im Gegenteil,
133 sie bedingen einander. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt lässt sich nicht top down verord-

134 nen, wissenschaftliche Effektivität verlangt ein Klima der Kooperation und Kommunikation zwi-
135 schen wissenschaftlich Arbeitenden und Leitung. Auch hier gilt: Die Verantwortlichkeit aller Ak-
136 teure für das Gesamtprojekt einer Hochschule entsteht nur im Rahmen der Möglichkeit zur Mit-
137 wirkung, die zugleich Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit ist. Diese werden wir achten und för-
138 dern. Zur Hochschulautonomie gehört für uns auch die verfasste Studierendenschaft.

139

140 Die Zusammensetzung und Wirkung von Stiftungs- und Hochschulräten werden wir evaluieren
141 und neu bewerten. Wir wollen, dass alle großen gesellschaftlichen Gruppen in Hochschulräten
142 repräsentiert werden.

143

144 Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen im Baubereich mehr Autonomie bekommen. Hoch-
145 schulen sollen zukünftig als Bauherren selbst über Bau- und Sanierungsmaßnahmen entscheiden
146 können.

147

148 **4. Studium durch gute Lehre besser machen**

149 Die Bologna-Studienreform muss weiterentwickelt werden. Auch 12 Jahre nach Bologna sind die
150 mit der Umstellung auf das Bachelor-Master-System verfolgten Ziele – größere Mobilität, mehr
151 Absolventen, gute Beschäftigungschancen überall in der EU – noch nicht erreicht. Probleme be-
152 stehen weiterhin bei der verschulnten Studienorganisation, zu geringem Praxisbezug bei gleichzei-
153 tiger Stoffüberfrachtung, kleinteilige Modularisierung, geringe wissenschaftliche Freiräume, ge-
154 ringe Auslandsmobilität der Bachelor Studierenden und hohe Studienabbruchquoten, vor allem in
155 den MINT-Fächern und an Fachhochschulen. Die Überarbeitung des Curriculums und die Schaf-
156 fung wissenschaftlicher Freiräume im Studium werden wir in den Mittelpunkt der Bologna-
157 Studienreform stellen.

158

159 Erkennbare Probleme gibt es auch beim Übergang vom Bachelor zum Master, etwa bei einem
160 Hochschulwechsel oder für Fachhochschulabsolventen beim Zugang zu einem Universitätsmaster.
161 Wir werden deshalb die derzeitigen Regelungen des Zugangs zum Master auf den Prüfstand stel-
162 len. Jede und jeder mit einem Bachelorabschluss und dem Ziel des Masterstudiums, muss die
163 Chance auf einen Studienplatz erhalten. Davon unberührt bleibt die Festlegung studienbezogener
164 Zugangsvoraussetzungen durch die Hochschulen. Dies ist die Konsequenz aus der Öffnung des
165 Masters für Absolventen aller Einrichtungen des Tertiären Bereichs (Universitäten, Fachhochschu-
166 len und Berufsakademien) sowie dem Verzicht von staatlichen Rahmenordnungen für Bachelor-
167 programme.

168

169 Zur Stärkung der Berufsfähigkeit des Bachelor-Abschlusses setzen wir uns für eine zeitlich flexible
170 Studiendauer ein, die sich an den Ausbildungszielen orientiert. Insbesondere in den MINT-
171 Studiengängen können achtsemestrige Bachelor- Studienprogramme zu geringeren Abbruchquo-
172 ten führen. Die in den KMK Vorgaben festgeschriebene Gesamtregelstudienzeit von 10 Seme-
173 stern wollen wir aufheben, um den Hochschulen mehr Gestaltungsspielraum für ihre Studiengän-
174 ge zu geben.

175

176 Für die im Rahmen der Bologna-Studienreform gestiegenen Anforderungen an die Lehre wollen
177 wir nach angelsächsischem Vorbild eine neue unbefristete Position für Wissenschaftlerinnen und
178 Wissenschaftler, den Lecturer, im Hochschulgesetz verankern.

179

180 Im Bundesrat setzen wir uns für eine Aufstockung und Ergänzung des gemeinsam von Bund und
181 Länder finanzierten Hochschulpaktes ein. Mit einem „Hochschulpakt plus“ wollen wir erreichen,
182 dass zusätzliche Studienplätze finanziert, die Einrichtung von Masterstudienplätzen gefördert und
183 die Hochschulen mit einem Abschlussbonus für gute und erfolgreiche Lehre belohnt werden.

184

185 **5. Den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern**

186 Voraussetzung für exzellente Forschung und Lehre ist exzellentes und engagiertes Personal an den
187 Hochschulen. Wir müssen aber feststellen, dass der Arbeitsplatz „Wissenschaft“ immer mehr an At-
188 traktivität verliert. Die wissenschaftlichen Karrierewege sind in hohem Maße unsicher, intransparent
189 und wenig planbar. Zurzeit arbeiten vier von fünf wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
190 tern an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in befristeten Arbeitsverhältnissen. Insbesondere
191 die im Rahmen der Exzellenzinitiative zunehmende Projektfinanzierung von Forschung und die seit
192 Jahren stagnierende Grundfinanzierung der Hochschulen haben dazu beigetragen, dass es nach dem
193 Auslaufen der zeitlich befristeten Projekte kaum noch Dauerstellen, die eine Perspektive für den
194 Verbleib in der Wissenschaft bieten, gibt. Wissenschaftliche Karrieren drohen so zunehmend in Sack-
195 gassen zu enden und Zukunftsängste begleiten den wissenschaftlichen Nachwuchs. Vor allem sind es
196 junge Frauen, die unter den unsicheren beruflichen Perspektiven leiden und die Gefahr sehen, beruf-
197 lich abgehängt zu werden, wenn sie sich für Kinder entscheiden.

198

199 Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs wieder Perspektiven für den Verbleib in der Wis-
200 senschaft bieten, neue Karrierewege eröffnen und verkrustete Personalstrukturen an den Hoch-
201 schulen reformieren. Dazu gehört die Stärkung der Juniorprofessur als Karriereweg. Mit den
202 Hochschulen werden wir Vereinbarungen zum Ausbau des Tenure Track abschließen, so dass bei
203 positiver Evaluierung eine unbefristete Weiterbeschäftigung an der eigenen Hochschule erfolgen
204 kann.

205 Gemeinsam mit anderen Ländern werden wir uns dafür einzusetzen, dass die sogenannte Tarif-
206 sperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz wieder aufgehoben wird. Zukünftig soll es möglich
207 sein, in Tarifverträgen Vereinbarungen für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Wis-
208 senschaftsbereich abzuschließen.

209

210 Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu
211 sichern. Dazu gehört auch die Unterstützung der sozialen Infrastruktur der Studentenwerke, die oft
212 Träger von Kitas sind, sowie die Förderung von Betriebskindergärten nach dem Vorbild der Max-
213 Planck-Gesellschaft.

214

215 **6. Gleichstellung auch in der Wissenschaft voranbringen**

216 Chancengleichheit in der Wissenschaft ist nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit,
217 sondern auch entscheidend für die Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit
218 des Wissenschaftssystems. Trotz Fortschritte in den letzten Jahren sind die Hochschulen in Nie-
219 dersachsen noch weit von der Gleichstellung entfernt. Ein Blick auf die Zahlen zeigt den dringen-
220 den Handlungsbedarf: Obwohl über die Hälfte der Hochschulabsolventen Frauen sind, sind bei
221 den Professuren nur 23 Prozent mit Frauen besetzt. Auch für die Hochschulen und Forschungsein-
222 richtungen gilt: je höher die wissenschaftliche Position, umso niedriger ist der Frauenanteil. Damit
223 werden wir uns nicht abfinden. Eine Wissenschaft, die nicht ihre Besten auswählt, sondern Poten-
224 tiale brach liegen lässt, kann im internationalen Exzellenzwettbewerb nicht mithalten.

225

226 Wir wollen den in den nächsten Jahren anstehenden Generationswechsel an den Hochschulen
227 nutzen, um mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft durchzusetzen. Hierzu gehört ein
228 Bündel von Maßnahmen wie die Förderung von planungssicheren Karrierewegen, der Ausbau von
229 wissenschaftlichen Netzwerken für Frauen, die Einrichtung eines Junior-Professorinnen Pro-
230 gramms, die Unterstützung von Dual-Career-Konzepten, aber auch die Prüfung einer verpflich-
231 tenden Quote für die Wissenschaft.

232

233 **7. Fachhochschulen ausbauen**

234 Die niedersächsischen Fachhochschulen sind eine Erfolgsgeschichte. Sie leisten einen unverzicht-
235 baren Beitrag zur Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte, sie bilden für die berufliche Selbst-
236 ständigkeit aus und sichern durch Studienangebote und Kooperationen die Durchlässigkeit zwi-
237 schen den Aus- und Weiterbildungssystemen der beruflichen und akademischen Seite.

238 Fachhochschulen sind Motoren wirtschaftlicher Entwicklung in ihren Regionen. Sie stellen trotz
239 schwieriger Rahmenbedingungen unter Beweis, dass sie im Bereich Forschung, Wissenschaft und

240 Innovation im Wissenschaftssystem mithalten können. Wenn es in Zukunft darum geht, durch
241 Wachstums- und Innovationsstrategien Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit - auch unter den
242 Bedingungen des demografischen Wandels - in Niedersachsen zu sichern, müssen die Potentiale
243 von Fachhochschulen besser genutzt werden als bisher.

244

245 Mit Blick auf die wachsende Fachkräftelücke kommt den Fachhochschulen eine wichtige Aufgabe
246 zu: Durch ihre anwendungsorientierten Studiengänge und berufsnahen Zugangsqualifikationen
247 sind sie besonders geeignet, vorhandene Bildungspotentiale zu mobilisieren. Bei der Öffnung der
248 Hochschulen für Absolventen der beruflichen Bildung können sie eine Vorreiterrolle übernehmen.

249

250 Angesichts dieser Herausforderungen gibt es zu wenige Studienplätze an unseren Fachhochschu-
251 len. Derzeit sind über 90 Prozent der Studienplätze aufgrund der großen Nachfrage zulassungsbe-
252 schränkt. Viele Bewerber gehen auf der Suche nach einem Studienplatz leer aus und verlassen
253 Niedersachsen. Es werden dringend zusätzliche Studienplätze gebraucht, doch die jetzige Landes-
254 regierung absolviert nur das Pflichtprogramm im Rahmen des gemeinsamen Bund-Länder Hoch-
255 schulpaktes.

256

257 Wir werden an den erfolgreichen Fachhochschulausbau der sozialdemokratischen Vorgängerre-
258 gierungen anknüpfen und ein neues Fachhochschulausbauprogramm auf den Weg bringen. Hier-
259 bei geht es nicht um Neugründungen, sondern um den Ausbau vorhandener Fachhochschulen,
260 Ausweitung des Fächerspektrums und Aufbau von Studienangeboten in neuen Fachgebieten.

261

262 **8. Soziale Infrastruktur ausbauen**

263 Die niedersächsischen Studentenwerke sind kompetente und verlässliche Partner für unsere Studie-
264 renden und Hochschulen. Sie stellen die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums sicher,
265 ihre Service- und Betreuungsangebote sind ein wichtiger Faktor für den Studienerfolg und im Wett-
266 bewerb um Studierende. In den vergangenen Jahren sind mit den Studienreformen, der Internationa-
267 lisierung der Hochschulen, der Einführung von Studiengebühren und zuletzt mit der Verkürzung der
268 Schulzeit die Anforderungen an Beratung und Service stetig gewachsen. Gleichzeitig sind durch die
269 geburtenstarken Jahrgänge die Studierendenzahlen auch in Niedersachsen deutlich angestiegen und
270 werden auch in den kommenden Jahren dieses Niveau halten.

271

272 Während Bund und Länder im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 in zusätzliche Studienplätze inve-
273 stiert haben, sind keine Gelder für Investitionen in die soziale Infrastruktur bereit gestellt worden.
274 Doch Studierende brauchen nicht nur einen Studienplatz. Sie brauchen ein bezahlbares Dach über

275 dem Kopf, sie brauchen campusnahe, günstige Verpflegung, studienbegleitende Beratung und wenn
276 nötig auch Kinderbetreuung. Deshalb müssen flankierend zum Hochschulpakt Bund und Länder
277 auch ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber den Studierenden nachkommen und zusätzliche Mittel
278 für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums zur Verfügung stellen. Wir stehen für
279 die familienfreundliche Hochschule. Wir werden deshalb die Studentenwerke beim Ausbau familien-
280 gerechter Betreuungsangebote für Kinder von Studierenden und Beschäftigten unterstützen.

281

282 **9. Hochschul- und Forschungsfinanzierung grundlegend sichern - Kooperationsverbot** 283 **aufheben**

284 Unser Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen zu verbessern und eine solide Fi-
285 nanzierung sicher zustellen. Die Ausgangssituation ist schwierig: Die Hochschulen sind strukturell
286 unterfinanziert, die Mehrleistungen für die starken Jahrgänge sind ein Notprogramm auf Zeit,
287 zusätzliche Mittel des Bundes im Rahmen des Pakt für Forschung und Innovation sowie der Exzel-
288 lenzinitiative fließen nur noch bis 2015 bzw. 2017. Ohne weitere Förderung durch den Bund wird
289 sich mit dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017 die Wettbewerbssituation universitärer For-
290 schung dramatisch verschlechtern, mit der Folge, dass Spitzenforschung wieder verstärkt aus den
291 Universitäten auswandert. Diese Entwicklung würde Niedersachsen doppelt treffen, da das Land
292 unterdurchschnittlich mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgestattet ist. Im Wett-
293 bewerb um die besten Köpfe droht Niedersachsen abgehängt zu werden.

294 Gegenwärtig tragen die Länder allein die Grundfinanzierung der Hochschulen. Mit Blick auf die
295 Schuldenbremse und die unterschiedliche finanzielle Leistungskraft der Länder wird es künftig für
296 Niedersachsen schwer werden im Qualitätswettbewerb der Hochschulen zu bestehen.

297 Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und
298 Ländern in der Wissenschaft und Bildung wieder abgeschafft und die Zusammenarbeit ausgebaut
299 wird. Zukünftig soll der Bund Hochschulen direkt und unbefristet fördern können.

300

301 Hannover, 07. Mai 2012